

(Abgeordneter Schwager.)

- (A) um so schmerzlicher sei, da die heimische Industrie danniederliege. Es solle nicht verkannt werden, daß der Grenzschutz auch eine gute Seite habe, indem er sächsische Gewerbetreibende vor gewissen Belästigungen schützt. Die Ausschließung aber der Spionage sei unmöglich, sie finde auch wohl nicht im kleinen Grenzverkehr statt, sondern auf ganz andere Weise. Freilich sei jetzt der freie Gewerbebetrieb durch das Bezugswesen stark eingeschränkt, aber es gebe doch noch verschiedene Geschäftszweige, die frei betrieben werden können. Zur Unterstützung der Zollbeamten möge das Militär wohl dienen, der Spionage aber wegen sei eine völlige Sperrung der Grenze nicht angebracht. Handel und Wandel über die Grenze würden jedoch vollständig unterbunden. Es handle sich nicht bloß um die gegenwärtige Sachlage, bei der die Wirkung der Grenzsperrung minder nachteilig erscheine, weil jetzt vieles nicht zu kaufen sei, sondern durch die jahrelange Absperrung werde das kaufkräftige böhmische Publikum vom Verkehr mit den sächsischen Geschäften entwöhnt, es entstünden in Nordböhmen Konkurrenzgeschäfte, die sich ungestört entwickeln und erstarken können, so daß nach Wiedereröffnung der Grenze die frühere Rundtschaft nicht mehr zurückgewonnen werden kann. Das ist von weittragender Bedeutung, und darum ist die Eingabe tatkräftig zu unterstützen.

Und die Kammer hat auch einstimmig den Ausführungen des Referenten zugestimmt.

- (B) Auch die Handelskammer in Zittau ist in ihrer letzten Sitzung zu dem Beschluß gekommen, sich bei den stellvertretenden Generalkommandos in Dresden und Leipzig zu verwenden, daß die Maßnahmen zur Erleichterung des kleinen Grenzverkehrs entgegenkommend gehandhabt werden.

Der Bezirksausschuß in Tetschen als autonome Bezirksbehörde hat Eingaben an die zuständigen militärischen Stellen in Wien, Berlin und Dresden gerichtet und begründet sie unter anderem wie folgt:

„Eine große Anzahl der hiesigen Bezirksgemeinden hat unter Hinweis auf die unsäglichen Schäden und Schwierigkeiten,

(Hört, hört!)

welche insbesondere den beiderseitigen Grenzbewohnern durch die rücksichtslose und außerordentliche militärische Strenge der Grenzsperrung zwischen Böhmen und Sachsen entstehen, zum Anlaß genommen, an den Bezirksausschuß mit dem Ersuchen heranzutreten, auch hierlands bei den kompetenten militärischen Behörden um die Auflassung der Grenzsperrung gegen das verbündete Deutsche Reich heranzutreten.

Der Bezirksausschuß als autonome Bezirksbehörde nimmt keinen Anstand, diese Forderung der hiesigen Bevölkerung weiter zu leiten und dieselbe an maßgebender Stelle zu vertreten, weil ihm die erheblichen Schäden und ungerechtfertigten Belästigungen, namentlich der Anwohner der böhmisch-sächsischen Grenze nur

zu wohl bekannt sind, ohne daß hiedurch der Zweck der Grenzsperrung erreicht wird. (C)

In den harten Durchführungsmaßnahmen der Grenzsperrung gegenüber den beiderseitigen Grenzbewohnern erblickt der Bezirksausschuß ein unverdientes Mißtrauen gegen die Staats- und Kaiserstreue der deutschen Grenzbezirke Böhmens, deren Bevölkerung in unzählig anerkannten Fällen gerade das Gegenteil glänzend bewiesen hat.

Die arbeitende Bevölkerung beiderseits sieht sich zudem durch die strenge Grenzabsperrung ihrer Verdienstmöglichkeiten zum großen Teile beraubt, was die größte Not und Verbitterung derselben zur Folge hat.

Der Bezirksausschuß bittet daher das k. und k. Kriegsministerium, im Einvernehmen mit dem königlich sächsischen Generalkommando in Dresden die Auflassung der Grenzsperrung zwischen Böhmen und Sachsen in Erwägung zu ziehen, und falls dies durchaus nicht möglich wäre, gemeinschaftlich für die Grenzbezirke in Böhmen und Sachsen Ausnahmebestimmungen zu erlassen, die den ungehinderten Verkehr der stabilen Grenzbevölkerung gewährleisten.“

Meine Herren! Von allen Seiten, diesseits und jenseits der Grenze kommen die Wünsche, den Grenzbewohnern in der Handhabung der Grenzsperrung zum mindesten Erleichterungen zu bringen. Das Verlangen ist auch vollkommen berechtigt! Meine Herren! Wir Interpellanten bringen nicht aus reiner Lust zum Standalieren die Vorkommnisse hier zur Sprache. Nur aus einer ernstlichen Sorge heraus rühren wir an diesen Dingen, denn wir müssen uns sagen, daß durch Übergriffe der gekennzeichneten Art viel Erbitterung geschaffen und viel böses Blut gemacht wird. (D)

(Sehr richtig!)

Wir haben den Finger an diese Wunde gelegt, und wir erhoffen, daß die Militärbehörden Verständnis für dieses unser aufrichtiges Bestreben finden. Das Volk in der Heimat ist entschlossen auszuhalten und erträgt ruhig und standhaft die Entbehrungen, die der Krieg mit sich bringt. Pflichttreue, Gemeinfinn und Opferfreudigkeit hat unser Volk durch den Krieg so herrlich an den Tag gelegt.

Dem Appell an das Volk, Mittel zur Kriegführung bereitzustellen, hat man gern entsprochen, und ich bin der Hoffnung, daß man auch weiter zu jedem materiellen Opfer bereit sein wird.

Es ist Pflicht, dem Vaterlande jedes, auch das schwerste Opfer zu bringen, dafür aber erwartet man auch eine entsprechende Gegenleistung.

(Abgeordneter Dr. Dietel: Sehr richtig!)

Zum Schluß möchte ich noch hinweisen auf den begrüßenswerten Erlaß des preussischen Kriegsministers v. Stein, der da besagt: